

**Niederschrift  
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für  
Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 25.10.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:32 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:54 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

---

**Anwesend sind:**

Herr Frank Drescher  
Herr Jochen Metz  
Herr Markus Becker  
Herr Werner Hesse  
Herr Reinhard Kauk  
Herr Bernt Klapper  
Herr Hans-Georg Lang  
Herr Jörg Linker  
Frau Ulrike Quirmbach  
Herr Stefan Rhein  
Herr Ingolf Vandamme

Vertreter für Herrn Stv. Möglich

**Stellv. STV-Vorsteher/in:**

Herr Wolfgang Salzer

**Fraktionsvorsitzende:**

Herr Winand Koch  
Herr Manfred Thierau

**Bürgermeister:**

Herr Christian Somogyi

**Vom Magistrat:**

Herr Jürgen Behler

**Ausländerbeirat:**

Herr Mesut Sungur

Vertreter für Frau Demir

**Von der Verwaltung:**

Herr Klaus Hütten  
Herr Uwe Volz

**Schriftführer:**

Herr Peter Schunk

**Gast:**

Herr Jan Cremer

EAM Natur GmbH

## **Entschuldigt fehlen:**

Frau Zehra Demir  
Herr Michael Feldpausch  
Herr Marius Möglich  
Frau Ilona Schaub

## **Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 2.1 Abschaffung der Straßenbeiträge für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 GO der FDP-Fraktion vom 03.06.2018 (eingegangen am 03.06.2018)  
Vorlage: FDP/2018/0003
- 2.2 Abschaffung der Straßenbeiträge für Stadtallendorf; Gemeinsamer Antrag gem. § 14 GO der Fraktionen FDP und CDU vom 16.10.2018 (eingegangen am 16.10.2018)  
Vorlage: FDP/2018/0004
- 2.3 Ausreichende Dimensionierung der Autobahnbrücke über der Niederrheinischen Straße; Antrag gem. § 14 GO der CDU-Fraktion vom 12.10.2018 (eingegangen am 13.10.2018)  
Vorlage: CDU/2018/0012  
Kenntnisnahmen
- 3 Antrag zur Einrichtung des Innovationsbereichs "Stadtmitte" gemäß INGE-Gesetz  
Vorlage: FB4/2018/0055
- 4 Weiterentwicklung der Windenergie in Stadtallendorf; Konzept zur wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Stadtallendorf mit dem Ziel der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger; Gründung der "Windpark Hopfenberg GmbH" mit EGMB eG und EAM Natur GmbH  
Vorlage: FB4/2018/0069
- 5 Beschlusskontrolle
- 6 Berichte aus den Verbandsversammlungen
- 7 Mitteilungen
- 7.1 Fertigstellung Grünanlage Iglauer Weg
- 7.2 Fertigstellung Treppenanlage Herrenwaldstraße
- 8 Verschiedenes
- 8.1 Bauvorhaben Südschule

## **Inhalt der Verhandlungen:**

### **Zu 1 Eröffnung und Begrüßung**

Der Ausschussvorsitzende Frank Drescher eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder, die stellv. Stadtverordnetenvorsteher, die Mitglieder des Magistrats, an der Spitze Herrn Bürgermeister Somogyi sowie den Schriftführer Herrn Schunk.

Sein Gruß gilt ebenso Herrn Volz und Herrn Hütten von der Verwaltung, Herrn Jan Cremer von der EAM Natur GmbH und Herrn Rinde von der Oberhessischen Presse.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwände ergeben sich nicht.

## **Zu 2      Beratung von eingegangenen Anträgen**

### **Zu 2.1      Abschaffung der Straßenbeiträge für Stadtallendorf; Antrag gem. § 14 GO der FDP-Fraktion vom 03.06.2018 (eingegangen am 03.06.2018) Vorlage: FDP/2018/0003**

Die Fraktion FDP zieht den Antrag zurück. Die Tagesordnungspunkte 2.1 und 2.2 werden gemeinsam behandelt.

### **Zu 2.2      Abschaffung der Straßenbeiträge für Stadtallendorf; Gemeinsamer Antrag gem. § 14 GO der Fraktionen FDP und CDU vom 16.10.2018 (eingegangen am 16.10.2018) Vorlage: FDP/2018/0004**

Herr StV Koch erläutert für seine Fraktion den Antrag. Der bereits am 03.06.2018 eingereichte Antrag zum selben Thema wird zurückgezogen (TOP 8 der Stadtverordnetenversammlung). Der Magistrat soll beauftragt werden, einen Beschluss gemäß des neuen Antrags vorzubereiten.

Für Herrn StV Hesse wäre die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge bereits ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen System gewesen. Bisher sei er davon ausgegangen, dass für eine Abschaffung der Beiträge zunächst ein finanzieller Ausgleich gefunden werden müsse. Wenn dies nunmehr aufgegeben werden solle, werde sich seine Fraktion nicht verschließen. Die SPD hatte bereits einmal an der Absenkung der Beiträge mitgewirkt.

Herr StV Klapper sei zunächst überrascht von dem Antrag gewesen, weil es keine Signale zur gänzlichen Abschaffung gegeben habe. Er finde es schade, dass der Antrag schon vorher publiziert worden sei, er hätte sich eine Diskussion gewünscht und sehe die Gefahr, dass diese jetzt nicht stattfinde. Er fragt nach, was mit denjenigen geschehe, die bereits Beiträge gezahlt hätten. Außerdem fürchtet er, dass die Einnahmen fehlen könnten, wenn die Stadt in finanzielle Schwierigkeiten komme.

Herr StV Koch entgegnet, dass die Antragsteller nicht nachweisen müssten, wie die Mindereinnahmen ausgeglichen werden könnten.

Herr StV Lang betont, dass dies kein Wahlkampfthema werden sollte, da er die Diskussion darüber im FA I angesiedelt habe, der nach dem Wahltermin stattfinde. Er zeigt sich erfreut über die Haltung der SPD-Fraktion.

Herr Bürgermeister Somogyi erklärt, dass im Jahr 2018 bisher aufgrund personeller Wechsel noch keine beitragsfähigen Maßnahmen durchgeführt und demzufolge keine Beiträge erhoben wurden. Wenn Einnahmen wegfielen, müsse man mit dem verbleibenden Geld auskommen, Maßnahmen müssten entsprechend geschoben werden. Außerdem signalisiere man mit dem freiwilligen Verzicht auf Einnahmen, dass genügend Geld vorhanden sei.

Herr STV Thierau gibt an, man habe sich viele Investitionen erlaubt, daher seine Aussage, man habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Die Gemeinde Ebsdorfergrund mache dies bei geringeren Steuereinnahmen besser.

Herr StV Klapper entgegnet, die Situation hier sei mit der in Ebsdorfergrund nicht vergleichbar. Geringe Schwankungen bei der Steuer hätten bei uns große Auswirkungen.

### **Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die notwendigen Schritte zur Außerkraftsetzung der Straßenbeitragssatzung der Stadt Stadtallendorf in die Wege zu leiten und der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang wird der Magistrat beauftragt, finanzielle Mittel bereits in den Haushalt 2019 einzustellen und in der weiteren Finanzplanung zu berücksichtigen.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 2.3** **Ausreichende Dimensionierung der Autobahnbrücke über der Niederrheinischen Straße; Antrag gem.§ 14 GO der CDU-Fraktion vom 12.10.2018 (eingegangen am 13.10.2018)**  
**Vorlage: CDU/2018/0012**

Herr StV Hesse bittet für seine Fraktion, einen Änderungsantrag zu behandeln.

Herr StV Lang bezieht sich auf einen Vortrag im Ausschuss, wonach die Errichtung von zwei Brücken in so kurzem Abstand nicht möglich gewesen sei. Auslöser für den Antrag sei die Situation der Bundeswehr mit ihrer möglichen neuen Ausrichtung gewesen. Eine ausführliche Begründung folge in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Herr StV Hesse geht auf den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Die Verbindung nach Neustadt sei künftig nicht mehr von so herausragender Bedeutung, außerdem dürften die bestehenden Straßen für den Verkehr ausreichen. Falls es irgendwelche Schwierigkeiten gäbe, solle man auf jeden Fall lieber die Autobahn wie vorgesehen bauen.

Herr StV Klapper gibt die Meinung seiner Fraktion wieder. Bekanntlich sei man ja sogar gegen die Autobahn. Ihm sei nicht klar, warum die Brücke größer dimensioniert werden müsse. Die Bundeswehr brauche die Stadt nicht zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Auswirkungen auf die Niederrheinische Straße seien darüber hinaus nicht absehbar.

Herr StV Koch führt aus, man habe hier als Stadt keine Entscheidungskompetenz, man könne im besten Fall auf etwas hinwirken, es bestünde keine Möglichkeit, etwas zu verhindern.

Herr Bürgermeister Somogyi war davon ausgegangen, dass das Bundeswehrgelände an die BIMA gehe. Inzwischen bestünden andere Überlegungen bezüglich der Hessenkaserne. Der bisherige Termin bis Ende des Jahres sei zunächst aufgegeben worden. Nach Erhalt weiterer Informationen könne über eine evtl. Unterstützung nachgedacht werden. Es soll verhindert werden, dass wieder eine Planung durchgeführt werden müsse, die Jahre dauere.

### **Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt, bei den entsprechenden Stellen sich dafür einzusetzen, dass die künftige Autobahnbrücke über der Niederrheinischen Straße so dimensioniert wird, dass alle Kraftfahrzeugklassen, die bisher diese Straße bis zur Einmündung in die B 454 nutzen, sowie alle Sonderfahrzeuge der Bundeswehr dies in gleicher Weise auch künftig tun können.

### Zusatz durch Änderungsantrag:

„Durch diese Bemühungen und deren Umsetzung darf die zeitnahe Realisierung des Baus der A 49 nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.“

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu Kenntnisnahmen**

**Zu 3 Antrag zur Einrichtung des Innovationsbereichs "Stadtmitte" gemäß INGE-Gesetz  
Vorlage: FB4/2018/0055**

Herr Hütten erläutert den Sachverhalt. Frau StV Quirnbach fragt nach, warum die Straße Am Bahnhof sowie die obere Niederkleiner Straße nicht in das Fördergebiet aufgenommen wurden. Herr Hütten erläutert, dass die Gebietsabgrenzung in Abstimmung mit dem Land Hessen vorgenommen worden sei. Das Gebiet sollte einen Zusammenhang darstellen und eine gewisse Größe nicht überschreiten.

Herr Bürgermeister Somogyi ergänzt, dass der Verein Stadtallendorf aktiv Antragsteller sei. Es sollte ausdrücklich ein kleines Gebiet gebildet werden, die Stadt sei mit dem Gemeinschaftszentrum sowie dem Hallenbad am Projekt beteiligt.

Herr StV Koch erläutert, dass der Vereinsvorstand quasi von Eigentümer zu Eigentümer gegangen sei und für das Projekt geworben habe. Die Stadt könne daher nicht verlangen, das Gebiet auszuweiten.

### **Kenntnisnahme:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Offenlage der Antragsunterlagen zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Stadtmitte“ gemäß INGE Gesetz.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 4 Weiterentwicklung der Windenergie in Stadtallendorf; Konzept zur wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Stadtallendorf mit dem Ziel der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger; Gründung der "Windpark Hopfenberg GmbH" mit EGMB eG und EAM Natur GmbH  
Vorlage: FB4/2018/0069**

Der Ausschussvorsitzende Drescher erläutert die Vorgehensweise. Die zusätzlich versandten Unterlagen seien in den letzten Tagen zugegangen. Die Fragen der Wirtschaftlichkeit sollten im Fachausschuss I, technische Fragen im Fachausschuss III beraten werden.

Herr Bürgermeister Somogyi geht näher auf die Vorlage ein und blickt auf die Sondersitzung am 22.10.2018 zurück. Es fehle noch ein Beschluss über 1,6 Mio. € für den Haushalt 2020. Mittlerweile versuche man sich zum vierten Mal an dem Projekt. Das Ziel sei, die Angelegenheit in der letzten Sitzung im Dezember zu beschließen. Er weist darauf hin, dass das Risiko bislang allein von EAM Natur getragen werde.

Herr StV Metz beklagt sich darüber, die Unterlagen zur Sitzung am 22.10. zu spät erhalten zu haben, da er auch urlaubsbedingt abwesend war. Er begrüßt es, Herrn Mai in die Fraktion einzuladen.

Herr Bürgermeister Somogyi entgegnet, die Entscheidung im Magistrat habe Vorlauf gehabt, vorher seien bestimmte Entscheidungen zu treffen gewesen.

Herr StV Lang stellt dar, dass es in seiner Fraktion vor allem um die Wirtschaftlichkeit gegangen sei, technische Fragen stünden im Moment nicht im Vordergrund.

Herr StV Hesse gibt die Frage aus seiner Fraktion weiter, ob es Messungen über die Windhöffigkeit am geplanten Standort gebe.

Herr Cremer erläutert, dass diese durch akkreditierte Prüfer vorgenommen werden. Bei dem geplanten Projekt bestehe der Vorteil, dass es einen Standort in unmittelbarer Nähe gebe, dessen Daten von den Betreibern vorgelegt werden könnten. Grundlage für die Berechnung sei der sog. P75-Wert. Dieser liege in etwa 10 % unter dem, was tatsächlich zu erwarten sei. Langzeitwetterdaten u. a. würden dabei mit einbezogen.

Herr StV Koch geht auf die vorgesehenen Rückstellungen ein und fragt nach, ob diese angesichts der Gerüchte, dass die Anlagen nach der Laufzeit Sondermüll seien, ausreichend bemessen seien.

Herr Cremer konkretisiert diese Aussage. Bestimmte Teile der Anlage seien tatsächlich Sondermüll, z. B. die Kühlanlage und Karbonfasern. Die Anlage enthalte aber auch Rohstoffe wie Kupfer und Stahl, die einen gewissen Wert besäßen. Die ermittelten Rückstellungen seien auskömmlich kalkuliert. Um das Jahr 2020 herum beginne die erste Rückbauwelle. Herr Volz ergänzt, man habe es nicht mit giftigen Substanzen zu tun, allerdings gebe es auch kein komplettes Recycling-Verfahren für alle Materialien.

Herr Cremer geht auf eine Frage des Ausschussvorsitzenden ein und erläutert die Abmessungen der geplanten neuen Anlagen. Außerdem stellt er dar, dass die geplanten Anlagen etwa 45 Mio. KWh pro Jahr bei einem Verbrauch der Privathaushalte von 28 Mio. KWh (für den Bereich Stadtallendorf) erzeugten. Auf die abschließende entsprechende Frage des StV Linker erläutert er, dass im Bereich der Entwicklung von Windanlagen große Prozesse in Gang gesetzt worden und rasant Verbesserungen eingetreten seien. Daher sei es möglich gewesen, dass die Anlagen bei gleichen Kosten ca. 25 % mehr Energie erzeugten. Höchstens die Nabenhöhe könne sich noch ändern.

### **Kenntnisnahme:**

1. Der Magistrat wird beauftragt, die im Entwurf vorliegenden Verträge zur Gründung der „Windpark Hopfenberg GmbH“ (Gesellschaft) mit der Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf eG (EGMB) und der EAM Natur GmbH, Dillenburg, (EAMN), als Mitgesellschafter beurkunden zu lassen und damit die Gesellschaft zu gründen.
2. Das von der Stadt Stadtallendorf zu leistende Eigenkapital beträgt insgesamt nicht mehr als 2.486.256 Euro. Der unter Berücksichtigung des Haushaltsansatzes 2017 in Höhe von 823.006 EUR noch fehlende Betrag in Höhe von 1.663.250 EUR für Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen ist – vorbehaltlich einer Finanzierungsmöglichkeit – im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 als Haushaltsansatz einzuplanen.

3. Die Inanspruchnahme der Haushaltsmittel im Sinne vorstehender Ziffer 2 dieses Beschlusses durch den Magistrat bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.
4. Der Magistrat wird beauftragt, zu gegebener Zeit, wenn alle bewertungsrelevanten Daten vorliegen, eine Stellungnahme der Kommunal- und Finanzaufsicht zu einer möglichen Kreditaufnahme in Höhe des zu erbringenden Eigenkapitals und deren Zustimmung zu den Verträgen einzuholen.
5. Die vorgenannten Beschlüsse 1. bis 4. führen die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 14.12.2017 fort, bzw. sie bestätigen diese. Dadurch ersetzen sie diese Beschlüsse vom 14.12.2017 gemäß Vorlage-Nr: FB5/2017/0090 in vollem Umfang.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

## **Zu 5      **Beschlusskontrolle****

Frau StV Quirmbach geht auf die Anfrage ihrer Fraktion bzgl. der Parksituation ein und fragt nach dem Sachstand. Herr Hütten antwortet, dass die Beantwortung in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 3 zur nächsten Sitzung vorgelegt werden soll.

Herr StV Metz fragt nach dem Punkt „Teilklimaschutzkonzept“, der sich bereits seit einiger Zeit in Bearbeitung befinde. Herr Volz antwortet, dass der Titel irreführend sei. Das eigentliche Teilklimaschutzkonzept liege bereits vor. Es wurde darüber hinaus die Einführung eines Energiemanagements beschlossen. Hierzu war zunächst ein Energiecontrolling notwendig, wobei die Energiedaten erfasst werden mussten. Inzwischen können die Daten abgegriffen und eingegeben werden, sodass der Punkt bis zum Ende des ersten Quartals 2019 abgeschlossen werden könne.

## **Zu 6      **Berichte aus den Verbandsversammlungen****

An der Versammlung hat kein Stadtallendorfer Mitglied teilgenommen.

Herr StV Hesse mahnt an, dass zukünftig, auch aus Gründen der Beschlussfähigkeit, bei Verhinderung des eigentlichen Mitglieds der Vertreter informiert wird, um eine Teilnahme sicherzustellen.

Herr StV Hesse teilt mit, dass die Verbandsversammlung des Zweckverbands Mittelhessischer Wasserwerke (ZMW) getagt habe. Finanziell stehe der Verband gut da, dies hänge aber in erster Linie mit den kürzlich vorgenommenen Gebührenerhöhungen zusammen. Möglicherweise sei die Berechnung der Gebühren zu pessimistisch gewesen. Es sei noch nicht absehbar, wie der Bau der Autobahn in die Situation eingreife.

Herr Bürgermeister Somogyi ergänzt, dass Brückenpfeiler der Autobahn Förderbrunnen beeinträchtigen könnten, daher müsste der Bauherr der Autobahn zunächst Ersatzbrunnen bereitstellen, dies betreffe 4 Brunnen.

Auf Nachfrage von Herrn StV Koch erläutert er, dass die Bohrungen, die seit einigen Monaten an einem der Brunnen vorgenommen würden, auf Instandhaltungsarbeiten zurückzuführen seien.

## **Zu 7        Mitteilungen**

### **Zu 7.1      Fertigstellung Grünanlage Iglauer Weg**

Herr Bürgermeister Somogyi gibt bekannt, dass die Grünanlage im Iglauer Weg demnächst fertiggestellt wird. Es ist beabsichtigt, dass noch im Herbst zum Abschluss der Maßnahme ein Termin mit dem Magistrat stattfinden soll. Im Frühling sei dann eine größere Feier zur Eröffnung geplant. Herr Hütten erklärt auf Nachfrage von Herrn StV Klapper, dass die Figuren des ehemaligen „Gänsebrunnens“ in der Schulstraße in den Teich am Iglauer Weg überführt wurden.

Auf Nachfrage von Herrn StV Hesse erläutert er, dass der Rückschnitt eines Baumes vorgenommen wurde. Die AWO baue keine eigene Zuwegung zum Teich, der Zugang erfolge über die normalen Wege von den anliegenden Straßen aus. (Ergänzung der Verwaltung: Ein barrierefreier Ausbau ist in diesem Bereich nicht möglich.)

Herr StV Thierau regt an, dass die Fraktionsvorsitzenden ebenfalls an der Eröffnung im Herbst teilnehmen sollen.

### **Zu 7.2      Fertigstellung Treppenanlage Herrenwaldstraße**

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass die Treppenanlage an der Herrenwaldstraße fertiggestellt sei. Es folge demnächst eine Einweihung mit Einladung der Presse.

## **Zu 8        Verschiedenes**

### **Zu 8.1      Bauvorhaben Südschule**

Herr StV Klapper fragt nach dem Sachstand der Baumaßnahme an der Südschule. Insbesondere fragt er nach, inwieweit die Stadt und die städtischen Gremien hierbei beteiligt werden müssten.

Herr Bürgermeister Somogyi berichtet von einem sog. Gutachterkolloquium, an dem er und der Fachbereichsleiter Herr Hütten teilgenommen haben. Hierbei konnten die Architekten befragt werden. Ein zu klärender Punkt ist noch die Verkehrsführung an der Südschule. Bisher sei lediglich die Verwaltung in das Verfahren eingebunden.

Herr StV Hesse ergänzt, dass der Landkreis Bauträger sei. Es handle sich um unbeplanten Innenbereich, eine Zuständigkeit des Fachausschusses sei nicht gegeben, gemeinsame Absprachen zwischen Landkreis und Stadt habe es aber gegeben.

**Frank Drescher**  
**Vorsitzender**

**Peter Schunk**  
**Schriftführer**